

# 15. Sind die USA eine imperiale Macht?

## I

Als ich vor einem halben Jahr die Ehre hatte, in der anderen Akademie Tutzing über die Außenpolitik der USA seit dem Ersten Weltkrieg zu sprechen, begann ich meine Ausführungen mit einer Erkenntnis, die ich auch heute einleitend wiederholen möchte:

Nach gut acht Jahren Aufenthalt in den USA, davon fünf Jahre im Zentrum des Neuen Roms, in Washington D.C, und nach einigen Jahrzehnten Forschung und Lehre zu verschiedenen Aspekten der Geschichte Amerikas bin ich zu dem Schluss gekommen, dass jedes substantielle Buch über die USA mindestens den gleichen Untertitel haben müsste: *A People of Paradox*.

Lassen Sie mich einige dieser Paradoxien nennen, die Ihnen vielleicht beim Nachdenken über die USA auch schon aufgefallen sind:

- Die USA verstehen sich als *sweet land of liberty*. Die Amerikaner sind zutiefst von ihrer Sendungsidee der Freiheit durchdrungen; die USA sind zugleich das Land der Sklaverei, der Apartheid und eines tief sitzenden Rassismus. Heute ist der Rassismus politisch nicht korrekt, aber es gibt ihn weiter. Er ist in der Mentalität und Sozialstruktur des Landes verankert.
- Diese Paradoxie hatte sich über Jahrhunderte institutionalisiert: Die USA waren und sind ein Rechtsstaat, der aber seit seiner Gründung die Sklaverei und die Apartheid auch rechtlich kodifizierte, von den *slave codes* in der Frühphase bis zu diskriminierenden Gesetzen in den Südstaaten der USA, die erst in den 1960er Jahren durch die Bürgerrechtsbewegung und den Kongress abgeschafft wurden.
- Die meisten Amerikaner sind davon überzeugt, dass ihr *land of opportunity* keine Klassengesellschaft ist. Die Amerikaner hassen den Sozialismus wie den Teufel, aber selbstverständlich ist das Land von sozialen Gegensätzen und Klassen geprägt.
- Die USA sind ein Land, das eine strikte, verfassungsrechtlich verankerte Trennung von Staat und Kirche praktiziert, zugleich aber eine Gesellschaft hat, die tief religiös geprägt ist. Amerikas Weg in die Moderne hat nicht, wie in den meisten Ländern Europas, zu einer weitgehenden Säkularisierung des Landes geführt.

*Erstveröffentlichung:* Sind die USA eine imperiale Macht?, in: Hans-Heinrich Nolte (Hg.): Zeitschrift für Weltgeschichte 11/2. Interdisziplinäre Perspektiven. München 2010, S. 33–51.

- Die Amerikaner glauben an einen harten, konkurrenzorientierten Individualismus, der seit einigen Jahrzehnten in hohem Maße auf Pump und Kredit aufgebaut ist; auf der anderen Seite besitzen sie die größten Stiftungen der Welt, *charity* und *philantrophy* gehören zum guten Ton in der Gesellschaft. Einfach Feste ohne einen guten Zweck zu feiern, insbesondere Karnevalsveranstaltungen oder Oktoberfeste, gilt als völlig unmoralisch. Ich habe zweimal als Direktor des German Historical Institute in Washington D.C. in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft gesellschaftliche Veranstaltungen initiiert, aber natürlich nur für gemeinnützige Zwecke.
- In der amerikanischen Bevölkerung findet man unendlich viel Dummheit und nach innen gewandte Provinzialität, 60 % der Amerikaner können z.B. Mexiko auf der Karte nicht finden. Als ich 1970/71 zum ersten Mal mit einem importierten Volkswagen und, außerhalb der Legalität, mit einem Zollkennzeichen durch das Land kurvte, haben mich auf Campingplätzen die Amerikaner dreimal gefragt, wie lange ich denn mit dem Wagen aus Deutschland gebraucht hätte. Auf der anderen Seite, und diese Paradoxie bringt uns schon näher an unser Thema heran, gibt es eine außerordentlich gut informierte und global denkende Elite (in der Regierung, im Kongress, bei den Lobbyisten, in den Finanzinstitutionen, in den Rechtsanwaltskanzleien, in den Eliteuniversitäten und in den Denkfabriken), die wie selbstverständlich in globalen Kategorien denkt und das amerikanische Interesse sowie die amerikanische Sendungsidee seit dem Zweiten Weltkrieg global definiert.
- Die Amerikaner glauben mehrheitlich daran, dass Ihr Land nie einen Angriffskrieg geführt hat. Sie halten an ihrer Sendungsidee des Friedens und der Freiheit fest und weisen darauf hin, der Welt den Völkerbund und die UNO gebracht zu haben. Auf der anderen Seite sind die USA ein Kriegsstaat par excellence, ein Kriegsstaat mit unvergleichlichen militärischen Ressourcen und Waffensystemen zu Lande, auf dem Wasser, in der Luft und im Weltraum – mit Waffen von einer Reichweite, die es in der ganzen Weltgeschichte bisher nicht gegeben hat.

## II

Diese Paradoxien, und damit komme ich zu meinem zweiten Argument, durchziehen auch die inneramerikanischen Kontroversen über die Frage, ob die USA eine imperiale Macht seien, sein sollten oder eben nicht sein sollten: von der ersten großen Imperialismusdiskussion im Jahre 1898, als es nach dem Sieg über Spanien um eine Paradoxie ging, nämlich darum, ob die USA, die gerade die letzte europäische Kolonialmacht aus der westlichen Hemisphäre vertrieben hatten, sich nun selbst ein Imperium in der Karibik, im Pazifik (Hawaii) und Ostasien (den Philippinen) zulegen sollten, bis zu der seit 2002 leidenschaftlich und heftig geführten Kontroverse, ob der offen verkündete Entwurf einer *Pax Americana* in der ersten Amtszeit von Bush dem Jüngeren den Entwurf einer hegemonialen Macht, einer Weltvorherrschaft (*primacy*) oder gar

einer Weltherrschaft, eben eines globalen Imperiums repräsentiere, möglicherweise, um den zentralen Interpretationsbegriff von Herfried Münkler zu gebrauchen, die »Handlungslogik« eines Imperiums.

Wie sehr diese amerikanische Imperialismusdebatte von Paradoxien durchzogen ist, lässt sich schon daran erkennen, dass fast kein Autor die Frage nach dem amerikanischen Imperium uneingeschränkt mit »Ja« beantwortet, sondern den Begriff »Imperium« mit Qualifizierungen einschränkt. Irgendetwas, so könnte man daraus schließen, scheint am amerikanischen Imperialismus, wenn es ihn denn gäbe, anders zu sein, aus dem Muster der uns bekannten Imperien herauszufallen.

Das Thema ist in den letzten Jahren ein Tummelplatz von Imperiums- oder Imperialismustheoretikern geworden, die der Frage nachgehen, ob und in welchem Sinne die Außenpolitik des »Neuen Roms« als imperial zu bezeichnen ist. Ich habe Ihnen eine kleine Liste von Veröffentlichungen zu diesem Thema mitgebracht (vgl. Anlage), dabei auch die langen Untertitel mitzitiert, damit Sie schon daraus eine Grundrichtung der Interpretation erkennen können.

Neben dem aufstrebenden Imperium gibt es das zur Weltmacht verdammte Imperium; es gibt in der Literatur das überforderte, das zerfallende und das untergehende Imperium; es gibt das unwiderstehliche, das unersetzliche, das verleugnete und das informelle Imperium, das Imperium auf Einladung, das Imperium auf Probe, auch die imperiale Versuchung. Wir lesen von einem ohnmächtigen Imperium, einem Imperium der Menschenrechte, einem demokratischen Imperium oder von einem Imperium, das sich seiner selbst nicht sicher ist. Es gibt allerdings auch Autoren, die die USA ohne Umschweife für ein Imperium halten und einfach vom *American Empire* sprechen.

In dem dritten Teil meines Vortrages möchte ich Ihnen deshalb einige aus meiner Sicht typische Argumentationsmuster von mehreren Autoren vorführen, um Ihnen einen Begriff von der Heterogenität und Reichweite der amerikanischen Imperialismusdebatte zu geben. Im letzten Teil meines Vortrages möchte ich mich dann nicht drücken und meine eigene Position darlegen.

### III

Ich beginne mit dem bis heute außerordentlich einflussreichen Vater der »Neuen Linken«. Ich beginne mit William Appleman Williams, der in seinen Werken<sup>1</sup> eine geradezu archetypische ökonomische Interpretation des amerikanischen Imperiums vorgelegt hat. Seine Interpretation ist um den Markt und um die Gesellschaft, nicht um den Staat zentriert. Es spricht für die Bedeutung und Wirkungsgeschichte von Williams, dass er gerade im letzten Heft der *Diplomatic History* durch eine besondere Würdigung ausgezeichnet wurde.

Im Zentrum der Interpretation durch die Neue Linke stehen die Begriffe Wirtschaft, Expansion und Imperium. Ihr Grundmuster hat Williams in zahlreichen Büchern,

1 Am bekanntesten ist William Appleman WILLIAMS: Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie (Aus d. Engl. v. Nils Lindquist), Frankfurt/M. 1973.

Aufsätzen und Quelleneditionen formuliert. Danach waren die USA seit ihrer Gründung und sind immer noch eine expansive und imperiale Macht. Bis zum Bürgerkrieg bedeutete diese Ausdehnung Landnahme auf Kosten der drei alten europäischen Kolonialmächte auf dem nordamerikanischen Kontinent, nämlich Englands, Frankreichs und Spaniens, sowie auf Kosten Mexikos und der Indianer. Nach dem Bürgerkrieg, der industriellen Revolution und dem offiziellen Ende der offenen Grenze auf dem nordamerikanischen Kontinent unterlag diese Expansion einem Form- und Bedeutungswandel. Seitdem war und ist amerikanische Außenpolitik in dieser Interpretation wesentlich ein Reflex des aus innerer ökonomischer Notwendigkeit auf äußere Expansion angelegten liberalkapitalistischen Wirtschaftssystems der USA; eine Notwendigkeit, die von der außenpolitischen Entscheidungselite des Landes stets kongenial erkannt wurde.

Dieser systemimmanente Zwang äußert sich in dem unablässigen Versuch, eine globale, den Handels- und Kapitalbedürfnissen dieser Wirtschaft angepasste *Pax Americana* zu errichten und gegen alle revolutionären Bewegungen notfalls mit Gewalt zu konservieren. »*Empire is as American as apple pie*«, wie Williams es einmal formuliert hat. Die liberalen Forderungen der USA nach ungehindertem Zugang zu den Weltmärkten, nach der Offenen Tür, nach gleichen Chancen und Gleichbehandlung auf den Auslandsmärkten sind in dieser Interpretation formale Postulate, die unter dem Schein von Gleichheit und Gerechtigkeit dem Aufbau eines »*informal empire*« dienen sollten und gedient haben, indem die USA auf Grund ihrer überlegenen Wirtschaftskraft de facto herrschen. *Cuius oeconomia, eius regio*.

Die handelspolitischen Mittel dieser Politik sind einerseits der permanente Kampf gegen Schutzzölle und regionale Zollpräferenzsysteme (bei anderen), gegen handelspolitischen Bilateralismus, Autarkismus und Protektionismus, gegen zweiseitige Verrechnungsabkommen und Devisenkontrollen, seit 1923 auch gegen die nur bedingte Meistbegünstigungsklausel in Handelsverträgen, und andererseits die ständige Forderung nach freiem Austausch von Waren und Gütern, nach freiem Zugang zu den Rohstoffen dieser Welt und nach Investitionsfreiheit.

Eine nicht unerhebliche Zahl von Historikern, die diesem Erklärungsmuster von Williams folgen und/oder es durch ihre eigenen Forschungen bestätigt sehen, hat das Thema vom konterrevolutionären und imperialen Amerika in bewusst systemkritischer Absicht aufgenommen und die gesamte amerikanische Außenpolitik in diesem Sinne umgeschrieben, *turning the Great American Success Story upside down*. Wer sich genügend Zeit für die Lektüre revisionistischer Autoren nimmt, kann dieses so definierte imperiale Amerika in der gesamten Geschichte des Landes am Werke sehen.

Der Übergang von dieser ökonomischen Imperialismusthese zu anderen, eher moralisch und politisch argumentierenden Imperialismuskritikern ist fließend. Die Quintessenz dieser Kritik läuft in der Regel auf einen doppelten Befund hinaus: Das amerikanische Imperium zerstört zu Hause die eigene Republik und in der gesamten Welt das Ansehen der USA. Einer der bedeutendsten Kritiker in diesem Sinne ist Chalmers Johnson in seinem Buch *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Chalmers JOHNSON: *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*. (Aus d. Amerik. v. Hans Freundl u. Thomas Pfeiffer), München 2003.

Johnson ist ein 1931 geborener Politikwissenschaftler, der sein Buch »in den Iden des März 2003« abschloss. Für ihn ist die Regierung von Bush dem Jüngeren nur der Höhepunkt einer langen Verfallsgeschichte Amerikas. Parallel zum Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Supermacht im 20. Jahrhundert habe sich die Pervertierung der amerikanischen Demokratie vollzogen, die jetzt auf ihren »Selbstmord« zusteure. Der »Knabenkaiser« Bush treibe sein Land durch seine präventiven Kriege in Imperialismus und Militarismus, getreu dem Wahlspruch des römischen Imperators Caligula: »Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten«; auch in Übereinstimmung mit einer wortgetreuen Auslegung des Matthäus-Evangeliums: »Wer nicht mit mir ist; ist gegen mich.« Zu den Leiden der amerikanischen Gesellschaft unter Bush gehören nach Johnson die Abdankung des Kongresses, Propaganda und Desinformation, der Verlust der bürgerlichen Freiheiten und der drohende finanzielle Bankrott des Landes. Johnson beschließt in guter amerikanischer Tradition seine Jeremiade mit einem Aufruf zur Umkehr in letzter Minute.

Die Liste der Bücher, die die imperiale Politik von Bush aus außenpolitischen Gründen kritisieren, ist sehr lang. Für besonders gelungen halte ich das Buch von Stefan Halper und Jonathan Clarke: *America Alone*, eine fundamentale Kritik an der neokonservativen Neubegründung der *Pax Americana*.<sup>3</sup>

Wenn die Neokonservativen auch, so die beiden Autoren, weder einen Kardinal Ratzinger noch einen Marschall Suslow, weder eine Kurie noch ein Politbüro, weder eine Bibel noch einen Koran oder eine Thora besäßen, so gäbe es doch gemeinsame weltanschauliche Grundannahmen der neokonservativen Bewegung. Das überragende Ziel der Neokonservativen, die man besser als »konservative Revolutionäre« bezeichnen sollte, war die Begründung einer konkurrenzlosen *Pax Americana* für das 21. Jahrhundert, mit dem Ziel, die Zonen liberaler und marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme in der Welt systematisch auszuweiten. Die Vereinigten Staaten müssten deshalb, so die Neokonservativen, auf unbestimmte Zeit die Strukturen der Welt im pro-amerikanischen Sinne bestimmen. Das oberste Ziel dieser Strategie im militärischen Sinne sei es, die Vereinigten Staaten möglichst gegen jeden Angriff sicher zu machen, zugleich jeden Teil der Welt für eine amerikanische Intervention offen zu lassen.

Hand in Hand mit dieser Militarisierung gehe, so ein weiteres Leitmotiv der beiden Autoren, die Unilateralisierung der Globalpolitik Washingtons. Amerika sei in den Augen der Neokonservativen stark genug allein (»*America Alone*«). Sie dächten nicht im Traum daran, auf das zentrale Element des modernen Staates zu verzichten, wie es sich seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hat: die nationale Souveränität, verkörpert in der Unabhängigkeit nach außen, die Politik der freien Hand und die Fähigkeit zum unilateralen Handeln.

<sup>3</sup> Stefan HALPER, Jonathan CLARKE: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004.

Eine ganz andere Strategie der Argumentation wählt ein leicht exzentrischer, aber außerordentlich produktiver und anregender Brite, nämlich Niall Ferguson in seinem Buch *Das verleugnete Imperium*.<sup>4</sup>

Seine dreifache Hauptthese – bezogen auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des amerikanischen Imperiums – ist ebenso pointiert wie britisch: Entgegen ihrer Selbsteinschätzung seien die Amerikaner seit der Gründung der Union im Jahre 1776 imperialistisch gewesen; es sei sinnlos, das leugnen zu wollen (These 1). Wenn die Amerikaner aber auf Dauer erfolgreiche Imperialisten sein wollten, dann müssten sie einen Ich-Austausch vornehmen und so werden, wie es die Briten auf dem Höhepunkt ihrer Weltgeltung waren (These 2). Ansonsten könne sich bald erweisen, dass das amerikanische Imperium auf tönernen Füßen stehe (These 3).

Das Buch ist also rückwärtsgewandte Prophetie in Reinform. Man könnte sich sogar vorstellen, dass der britische Premier Blair vor dem Angriff auf den Irak Ähnliches Präsident Bush im Weißen Haus eingeblasen hat. Auch sonst fehlt es Ferguson nicht an Selbstbewusstsein. Auf den knapp 450 Seiten des Buches wolle er das amerikanische Imperium mit früheren Imperien vergleichen und dabei »andere denkbare Geschichtsverläufe ebenso erwägen wie mögliche künftige Entwicklungen«.

Was nun hatten nach Ferguson die britischen Imperialisten, was die Amerikaner noch nicht haben? Trotz der unvergleichlichen militärischen und wirtschaftlichen Stärke des – nach Fergusons Zählung – 68. Imperiums der Weltgeschichte fehle den Amerikanern das nötige Selbstbewusstsein für eine imperiale Politik; es fehle die »imperiale Geisteshaltung«. Sie müssten endlich aufhören, zu verleugnen, was sie immer schon waren. Außerdem sei das politische System der Vereinigten Staaten zu sehr auf den Augenblick und den nächsten Wahlkampf fixiert; die Amerikaner handelten grundsätzlich in einem »engen Zeithorizont«. Deshalb hätten sie immer wieder Möglichkeiten zur Stabilisierung außenpolitischer Erfolge vergeudet.

Außerdem hätten die Amerikaner leider, und diese Ansicht teilt Ferguson mit den Terroristen, zu viel Angst vor dem Tode. Sie hofften auf ein langes Leben und fürchteten den frühen Tod auf dem Schlachtfeld. Schließlich sei der tönernen Fuß des »verleugneten Imperiums« das vor dem Finanztod stehende Gesundheits- und Sozialsystem Washingtons. Dieses Buch ist vor 09/15, vor dem 15. September 2008, dem Beginn der globalen Finanzkrise, geschrieben worden, sonst hätte er ganz sicher die schwindende ökonomische Grundlage des amerikanischen Imperiums ebenfalls ins Feld geführt.

Fergusons handlungsanweisendes Buch soll den Amerikanern helfen, bessere Imperialisten zu werden, allerdings eine Sorte von Imperialisten, wie es die Engländer zu Hochzeiten ihrer Weltgeltung gewesen seien, nämlich »liberale Imperialisten«. die der Welt überlebenswichtige »öffentliche Güter« wie Freiheit, einen liberalen Weltmarkt und in den Kolonien funktionierende Institutionen mit verantwortlichen indigenen Eliten unter britischer Kontrolle gebracht hätten. Ferguson lässt keinen Zweifel daran, dass er einem solchen liberalen Imperialismus der Vereinigten Staaten

4 Niall FERGUSON: *Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht.* (Aus d. Engl. v. Klaus D. Schmidt), Berlin 2004.

grundsätzlich positiv gegenübersteht. Auch die gegenwärtige Welt brauche diese öffentlichen Güter. Nur die Amerikaner hätten, wenn sie wollten, die Macht, diese für die Welt bereitzustellen.

Schließlich möchte ich viertens noch einen Deutschen erwähnen, den Herausgeber der *Zeit*, Josef Joffe, der in seinem Buch *Überpower. The Imperial Temptation*<sup>5</sup> grundsätzlich mit Ferguson der Meinung ist, dass die gegenwärtige Welt die USA als stabilisierenden »Achsnagel« brauche.

Die Kernanalyse dieses Textes, in der Analyse und Handlungsanweisungen, Sein und Sollen zusammenfließen, ist klar und eindeutig: Bei aller Kritik an der imperialen Versuchung und den monumental Fehlern der Regierung Bush Jr. sind für Joffe allein die Vereinigten Staaten in der Lage, ein Minimum an Stabilität und Ordnung für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Welt zu schaffen. Washington sei eben der »Achsnagel« der Welt. Keine andere Macht oder Kombination von Staaten hätten das Potential, diesen Mehrwert für das Weltsystem zu erbringen. Europa sei für eine solche Aufgabe in jeder Hinsicht überfordert. Es habe nur die Arroganz der Ohnmacht und einen identitätsstiftenden Antiamerikanismus zu bieten.

Um diesen Mehrwert an »öffentlichen Gütern« in den nächsten Jahrzehnten tatsächlich erzeugen zu können, müssten die Amerikaner aber, so Joffe, von der Illusion einer unipolaren *Überpower*, ihrer imperialen Versuchung, Abstand nehmen und die von der Regierung Bush weltweit verspielte Legitimität zurückgewinnen. Sie brauchten zwar nicht die Erlaubnis der Welt, zu handeln, aber ihre Unterstützung, um erfolgreich zu sein. Joffe rät Washington, zur Politik des wohlwollenden Hegemons in der Zeit des Kalten Krieges zurückzukehren, zu einem aufgeklärten Selbstinteresse, das deshalb aufgeklärt ist, weil es die Interessen der anderen und der Welt insgesamt, soweit es geht, berücksichtigt. Aus der Perspektive Joffes und anderer ist Präsident Obama rhetorisch und programmatisch dabei, genau das zu tun. Die große Frage ist natürlich, ob er diese Vision eines wohlwollenden Hegemons gegen die enormen innen- und außenpolitischen Widerstände durchsetzen kann.

## IV

Damit komme ich zum vierten Teil meines Vortrags, zu meiner eigenen Position in der Frage, ob die USA eine imperiale Macht seien.

Ja, man kann die USA mit guten Gründen als eine imperiale Macht bezeichnen, trotz der Paradoxien in der Imperialismusdebatte und gegen das Selbstverständnis des amerikanischen Volkes. Denn fast alle Amerikaner rebellieren gegen eine solche Selbstbezeichnung. Aus politischen, kulturellen und sozialpsychologischen Gründen kann sich keine US-Regierung offen zum »Imperialismus« bekennen. Der globale Gestaltungswille wird so gut wie immer mit dem Begriff *leadership* bezeichnet.

Selbst Bush der Jüngere erklärte vor amerikanischen Kriegsveteranen im Jahre 2002, die USA wollten kein Imperium errichten, sie seien ausschließlich der Freiheit

5 Josef JOFFE: *Überpower. The Imperial Temptation of America*, New York 2006.

verpflichtet »für uns und für andere«. Und Präsident Obama knüpfte vor einigen Tagen in einer brillanten Rede vor der UNO ganz bewusst an den amerikanischen Gründungsvater der UNO, Präsident Franklin D. Roosevelt, an. Er band das nationale Interesse der USA in die kollektive Handlungslogik der UNO ein. Lassen Sie mich zitieren: »[...] like all of you, my responsibility is to act in the interest of my nation and my people and I will never apologize for defending these interests. But it is my deeply held belief that in the year 2009 – more than at any point in human history – the interests of nations and peoples are shared.«<sup>6</sup>

Seine Rede war eine Aufforderung an die Welt, den vier großen Herausforderungen der Gegenwart gemeinsam zu begegnen: der Nichtverbreitung von Atomwaffen und Abrüstung, Frieden und Sicherheit, der Rettung unseres Planeten durch einen klugen Umgang mit den Ressourcen und der Meisterung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Zugleich aber, und hier haben wir wieder ein amerikanisches Paradox, brach er an einer Stelle seiner Rede aus der Rhetorik gleichberechtigter und gleichverantwortlicher Staaten aus mit dem Hinweis auf American leadership: »Every nation must know: America will live its values and will lead by example.«<sup>7</sup>

Am 4. Juni 2009 war Obama in seiner Rede in Kairo in der Ablehnung des Imperialismus-Vorwurfes noch leidenschaftlicher geworden: »America is not the crude stereotype of a selfinterested empire. The United States has been one of the greatest sources of progress that the world has ever known. We were born out of a revolution against an empire. We were founded upon the ideal that all are created equal and we have shed blood and struggled for centuries to give meaning to those words – within our borders and around the world.«<sup>8</sup>

Warum also sind die USA – aus meiner Perspektive – dennoch eine imperiale Macht? Dafür möchte ich zwei Hauptursachen nennen; mögliche weitere Ursachen können wir später diskutieren.

## Die globale Ausweitung des nationalen Interesses der USA

Lassen Sie mich dazu historisch ein wenig ausholen. Die rivalisierenden europäischen Großmächte haben seit dem Zeitalter der Entdeckungen ihren Einfluss auf die ganze Welt ausgeweitet, Hegemonie und Herrschaft ausgeübt. Dieses europazentrische Weltsystem löste sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts schrittweise auf, wesentlich deshalb, weil die Neue Welt an die Stelle der Alten trat. Durch die Vertreibung der letzten europäischen Kolonialmacht aus der westlichen Hemisphäre im Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898, durch die Siege im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg, hat sich das liberale, kapitalistische und marktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell der USA in der industrialisierten Welt des Westens durchgesetzt.

6 <http://www.nytimes.com/2009/09/24/us/politics/24prexy.text.html>.

7 <http://www.nytimes.com/2009/09/24/us/politics/24prexy.text.html>.

8 <http://www.nytimes.com/2009/06/04/us/politics/04obama.text.html?pagewanted=2>.

In diesem Sinne können wir das 20. Jahrhundert als das amerikanische Jahrhundert bezeichnen. Denn das ist seit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg das überragende, aber nur scheinbar selbstverständliche Merkmal der US-Außenpolitik: Die Globalisierung des außenpolitischen Aktionsradius der USA, der seinerseits in der Globalisierung der amerikanischen Interessen und Werte begründet liegt. Diese Globalisierung ist die wichtigste Ursache für den qualitativen Sprung der USA von einer Weltmacht unter anderen Weltmächten zur Supermacht des Kalten Krieges und des Atomaren Zeitalters. Globalisierung soll heißen, dass für die USA prinzipiell die Zukunft der gesamten Welt, besonders des eurasischen Doppelkontinents, den Mittleren Osten eingeschlossen, von potentiell vitaler Bedeutung war und ist; und für ihre vitalen Interessen ziehen die Amerikaner notfalls in den Krieg. Nicht nur der Zweite Weltkrieg, nicht nur der Kalte Weltkrieg, sondern auch der gegenwärtige Kampf der USA gegen den Terrorismus ist ohne diesen amerikanischen Globalismus nicht zu erklären. Man kann sagen: Dieser Globalismus ist das Alleinstellungsmerkmal Amerikas im Vergleich zu allen anderen Imperien der Weltgeschichte. Niemals zuvor hat es eine globale Macht im wörtlichen Sinne gegeben.

Präsident F. D. Roosevelt formulierte am 21. Januar 1941 gleichsam das Leitmotiv der *Pax Americana* des 20. Jahrhunderts, als er an den US-Botschafter Grew in Japan schrieb: *»Ich glaube, die fundamentale Aufgabe ist, zu erkennen, dass die Kämpfe in Europa, in Afrika und in Asien alle Teile eines einzigen Weltkonfliktes sind. Wir müssen deshalb erkennen, dass unsere Interessen in Europa und in Asien bedroht werden. Wir sind der Aufgabe verpflichtet, unsere Lebensweise und unsere vitalen Interessen zu verteidigen, wo immer sie ernsthaft gefährdet sind. Unsere Strategie der Selbstverteidigung, die jede Front berücksichtigt und jede Gelegenheit nutzt, zu unserer totalen Sicherheit beizutragen, muss deshalb global sein.«*<sup>9</sup>

In der Sache hat Präsident George W. Bush seit seinem Amtsantritt im Jahre 2000 immer wieder das Gleiche gesagt. Es ist eben kein Zufall, dass dieser Globalismus die Essenz aller strategischen Pläne und Sicherheitsmemoranden der USA von 1941 bis zur Gegenwart darstellt: von *ABC-1*, *Rainbow-5* und dem *Victory Program* aus dem Jahre 1941, die ein militärisches Verteidigungs-, Kriegs- und Siegeskonzept formulierten, eine Art globaler Vorwärtsverteidigung, in dem der Unterschied von defensiv und offensiv im *geographischen* Sinne bis zur Unkenntlichkeit verwischt wurde, über das Memorandum *NSC 68* aus dem Jahre 1950, dem strategischen Gründungsdokument des Kalten Krieges, bis zur globalstrategischen Lagebeurteilung des National Intelligence Council *»Global Trends 2015«* aus dem Jahr 2000. Diese Globalisierung wurzelt in den inneren Bedingungen der USA, in der Kraft und Flexibilität ihrer Institutionen, der wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Bedeutung des Landes, aber auch im Manichäismus der amerikanischen Zivilreligion. Darüber werde ich gleich sprechen.

Diese Globalisierung des amerikanischen außenpolitischen Handlungsradius erwuchs aber auch aus der zunehmenden Interdependenz der Weltpolitik selbst, auch als Reaktion auf die Außenpolitik von Feinden und Verbündeten der USA, besonders aus den, oft übertriebenen, Bedrohungsvorstellungen, die die Taten und

<sup>9</sup> Joseph C. GREW: *Ten Years in Japan*, New York 1941, S. 354f.

Ideologien anderer Staaten und Gesellschaften in den Köpfen der Amerikaner und ihrer Politiker hervorriefen.

Innerhalb dieses amerikanischen Globalismus kann man drei große Zielvorstellungen unterscheiden, die allerdings nicht immer gleichgewichtig nebeneinanderstanden: Erstens, den unteilbaren, liberal-kapitalistischen Weltmarkt. Zweitens, die unteilbare Sicherheit, das heißt die Aufrechterhaltung eines pro-amerikanischen Gleichgewichts in der Welt und die Verhinderung feindlicher Hegemonialmächte auf dem eurasischen Doppelkontinent, die langfristig die Sicherheit der westlichen Hemisphäre, des Sanktuariums der USA, gefährden könnten. Der Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon hat auch deshalb einen tiefen Schock ausgelöst, weil damit das oberste Ziel amerikanischer Sicherheitspolitik seit der Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823 unterlaufen wurde. Drittens, und *last but not least*, die unteilbare Freiheit, das heißt das weltweite Gebot, wann immer möglich Demokratie und repräsentative, aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungen zu fördern, zu fordern und zu unterstützen.

Diese globalen Zielvorstellungen der USA waren, wie schon angedeutet, dialektisch mit globalen Bedrohungsszenarien verbunden: im Falle des Nationalsozialismus mit der Annahme, dass Hitler und Deutschland die ganze Welt erobern wollten; im Falle des Kalten Krieges mit der subjektiven Gewissheit, dass der Kommunismus zunächst in Europa und Asien, nach der Globalisierung der sowjetischen Außenpolitik in der Ära Chruschtschow auch im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika eben alle drei Unteilbarkeiten gefährde. Der internationale Terrorismus wird als neue globale Bedrohung wahrgenommen.

Überdies gehört es zur Fähigkeit dieser imperialen Macht, bei Bedarf globale Koalitionen unterschiedlicher Regierungen und Systeme zusammenzuschmieden. »*One war at a time*«, hatte schon Präsident Lincoln verkündet, als mitten im Bürgerkrieg die Möglichkeit eines Konfliktes mit England drohte. Gegen den italienischen Faschismus, deutschen Nationalsozialismus und japanischen Imperialismus brachten die Amerikaner eine *strange alliance* zusammen. Sie kooperierten mit dem nationalchinesischen Diktator Tschiang-Kai-shek und dem sowjetischen Diktator Stalin, dessen Herrschaft auf dem Terror als Prinzip aufgebaut war.

Nach 1945 kam es zu einer atemberaubenden Umkehr der amerikanischen »Dämonologie«: Aus den bösen Deutschen, guten Russen, bösen Japanern und guten Chinesen des Zweiten Weltkrieges wurden die guten Westdeutschen, die bösen Russen, die guten Japaner und die bösen Chinesen des Kalten Krieges. Als der Kalte Krieg sich globalisierte, unterstützten die USA in der Dritten Welt Regime und Diktatoren, wenn sie nur vorgaben, antikommunistisch und pro-amerikanisch zu sein, u. a. Pol-Pot, Saddam Hussein und die Taliban.

Nach dem 11. September 2001 war es den USA wieder gelungen, eine globale Koalition zu bilden, die sich allerdings nach dem Angriff auf den Irak spaltete. Aus europäischer Sicht hat sich aber etwas Entscheidendes geändert. Während die ersten beiden großen Koalitionen auch gebildet wurden, um Europas Freiheit zu bewahren, kommen die befriedeten, europäischen Nationalstaaten den USA jetzt als marginalisierte Hilfsvölker im Rahmen einer marginalisierten NATO zu Hilfe. Es spricht

vieles für die amerikanische Interpretation des 20. Jahrhunderts: Sie haben aus ihrer Sicht Europas Freiheit gerettet, die Alte Welt im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Weltkrieg von den Übeln des Wilhelminismus, Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus befreit.

An dem Untergang der europäischen Kolonialreiche oder expansiver Imperien in Europa waren sie direkt oder indirekt beteiligt. Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums wird von vielen Strategen als Endpunkt einer weltgeschichtlichen Entwicklung angesehen, die mit der Zerschlagung des Habsburger und des Osmanischen Reichs begann, mit der Zerschlagung des Dritten Reiches und des italienischen Kolonialreiches fortgeführt wurde und die mit der für Großbritannien und Frankreich so schmerzlichen Auflösung ihrer Kolonialreiche endete. Auch die Niederlande, Spanien und Portugal trennten sich von den Resten ihrer Imperien.

Man darf die These wagen: Nur weil die klassischen europäischen Nationen – mit kräftiger amerikanischer Unterstützung – auf ihre Kernländer zurückgestutzt wurden, waren die Europäer überhaupt fähig, das Projekt der Europäischen Union in Westeuropa zu beginnen und seit 1990/91 nach Mitteleuropa, Osteuropa und Südosteuropa voranzutreiben, eben die gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union. Der ewige Kampf der europäischen Nationen um Einfluss, Status und Prestige spielt sich nun mit friedlichen Mitteln innerhalb der Europäischen Union ab. Die Amerikaner sind die Hebamme Europas.

Dieser US-Globalismus hat seit dem Zweiten Weltkrieg, wie schon angedeutet, eine globale amerikanische Militärmacht hervorgebracht, eine Macht, die heute über 45 % der Militärausgaben in der Welt verschlingt, innenpolitisch von einer Allianz aus Militär, Rüstungsindustrie und Kongress geschützt wird, über tausend (tausend!), teils geheime Basen rund um den Globus verfügt, jeden Punkt der Erde in 20 Minuten pulverisieren kann, nach dem Kalten Krieg die Mission erhielt, auf absehbare Zeit eine *Pax Americana* gegen jede Kombination möglicher Gegner zu verteidigen und zu verhindern, dass in irgendeinem Kontinent ein regionaler Hegemon diese globale Führungsrolle gefährden könnte.

Die sichtbaren Streitkräfte der USA zu Wasser, zu Land, in der Luft und im Welt- raum werden durch ein unsichtbares Geheimdienst-Imperium ergänzt, das überall auf der Welt mit fast allen Mitteln Informationen sammelt, überall mitsieht, mithört und mitliest, möglicherweise auch hier in Tutzing (*Hi there!*). Ein Witzbold hat vorgeschlagen, das Staatsmotto zu ergänzen: »*In God we trust – all others we monitor*«.

Über Amerikas kulturellen Einfluss in der Welt, ihre *soft power*, werde ich heute nicht sprechen, auch nicht über ihren ökonomischen Einfluss, dessen Niedergang wieder einmal, wie so oft, prognostiziert wird. Ich möchte nur daran erinnern, dass im Jahr 2009 der Anteil der USA am Welt-Bruttoinlandsprodukt 23,5 % beträgt, Japans 8,1 %, Chinas 7,3 %, Deutschlands 6,0 % und Russlands 2,8 %.

Nur ein handlungsfähiges und geschlossen auftretendes Europa könnte ein ernsthafter Konkurrent werden. Der Anteil der Europäischen Union am Welt-Bruttoinlandsprodukt beträgt 30,3 %. Zu einer Asiatischen Union wird es in absehbarer Zeit nicht kommen.

Damit komme ich zu meinem zweiten Hauptargument, zu meiner zweiten Begründung dafür, warum ich die USA für eine imperiale Macht halte.

## Die zivilreligiöse, göttlich legitimierte Sendungsidee der Freiheit

Die tief in der Geschichte und Struktur der amerikanischen Gesellschaft verankerte Frömmigkeit ist auch der Grund dafür, dass Gott ein zentrales Element der nationalen, amerikanischen Zivilreligion ist. Der Kern dieser Zivilreligion ist die amerikanische Dreieinigkeit von Gott, Vaterland und Freiheit. Diese sinnstiftende und gemeinschaftsbildende Glaubenslehre, dieser *American creed*, hält die fragmentierte und disparate Gesellschaft zusammen. Seit der Amerikanischen Revolution hat eine Verschmelzung von Christentum und Aufklärung, von Christentum und demokratisch-freiheitlicher Mission die besondere zivile Religion Amerikas hervorgebracht, eine unverwechselbare Mischung aus christlichem Republikanismus und demokratisch-freiheitlichem Glaube. Amerika, so hat man gesagt, sei eine Nation mit der Seele einer Kirche. Die amerikanische Nation habe keine Ideologie, sie sei eine.

Die amerikanische Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die nationalen Feiertage und Rituale, besonders die Reden des Präsidenten sind um die Ideen- und Symbolwelt der amerikanischen Zivilreligion mit einem allgemeinen, unspezifischen Gottesbegriff zentriert. Das amerikanische Staatsmotto *In God we trust*, das auch die Rückseite jeder Dollar-Note prägt, oder der Wortlaut im Fahneid, *A nation under God*, repräsentieren fast alle Amerikaner. Begriffe wie *divine plan*, *providence*, *creator*, *almighty God* oder *heavenly Father* gehören zum festen Bestandteil zivilreligiöser Rhetorik.

Ich selbst hatte mir einmal während meiner Washingtoner Zeit an einem 4. Juli auf den Stufen des Kapitols einen Stehplatz gesichert. Ich wollte miterleben, wie einige Hunderttausend Amerikaner europäischer, afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft ihren nationalen Gedenktag feiern. Ich ließ mich beeindruckt von einer eigentümlichen Mischung aus Vaterlandsliebe, Hollywood, Coca-Cola und Popcorn, aus Lobpreis der großen Vergangenheit Amerikas und der hoffnungsfrohen Gewissheit, dass die einzig verbliebene Supermacht der Welt auch im nächsten Millennium eine besondere Mission zu erfüllen habe. Ich wollte erfahren, wie diese Hunderttausende, umgeben von patriotischen Denkmälern wie dem Washington Monument, dem Jefferson, Lincoln- und Roosevelt Memorial, in Liedern und Hymnen die amerikanische Dreieinigkeit von Gott, Vaterland und Freiheit besingen; wie diese Nation von Einwanderern, die alle irgendwann von irgendwoher in die Neue Welt emigriert waren, sich an solchen Festtagen immer aufs Neue konstituiert, indem sie ihrem Gründungsmythos vom »*süßen Land der Freiheit*« (*sweet land of liberty*) Dauer und Zukunft verleiht.

Die Debatte über Amerikas besondere Mission der Freiheit, sein Verhältnis zu Gott, Vorsehung und Geschichte wird seit den ersten Siedlern geführt, also seit 400 Jahren. Dieser andauernde Diskurs, wie man heute sagen würde, über die besondere Mission der USA, ihre Einzigartigkeit und Auserwähltheit gehört selbst

zum Kern der amerikanischen Identität. Deshalb hat man gesagt, wenn man lange genug an einem Amerikaner kratze, komme der Erlöser (*redeemer*) zum Vorschein.

Diese zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit hat es den Amerikanern ermöglicht, alle Kriege und militärischen Interventionen in ihrer Geschichte, von den Indianerkriegen bis zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak, als gerechten Krieg, als *bellum iustum* zu rechtfertigen. Genau das hat Präsident Obama bei der Rede zur Annahme des Friedensnobelpreises in Oslo erneut getan. Es gäbe das Böse in der Welt, das notfalls bekämpft werden müsse.

Herfried Münkler hat zu Recht eine alte Einsicht in unser Gedächtnis zurückgerufen, dass alle Imperien über eine Ideologie des Friedens verfügen, im Falle der USA zugleich über eine Ideologie der Freiheit.

Rückschläge und Niederlagen haben die Amerikaner nie davon abgehalten, von dieser Sendungsidee Abschied zu nehmen. Bekanntlich ist die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Versuche gescheitert, durch oder nach einer militärischen Intervention demokratische Regime zu gründen und langfristig zu festigen. Nach einer Studie sind von 16 Versuchen dieser Art im 20. Jahrhundert nur vier bis fünf, nämlich in Westdeutschland, Japan und Südkorea, mit einigen Abstrichen in den Kleinstaaten Grenada und Panama, erfolgreich gewesen. Erfolgreich bedeutet, dass zehn Jahre nach Abzug der US-Truppen noch immer eine Demokratie existierte. Auch aus dieser Perspektive gehört die Demokratisierung der alten Bundesrepublik zu den größten Erfolgsgeschichten der US-Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Es kommt nicht von ungefähr, dass Präsident Bush in der Vorgeschichte des Irakkrieges ständig den Vergleich mit Deutschland und Japan im Munde führte.

Dieser Vergleich wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als falsch erweisen. Der Irak und auch Afghanistan werden die lange Liste gescheiterter amerikanischer Versuche verlängern, Völkern und Staaten mit Gewalt die Freiheit zu bringen: Südvietnam, Kambodscha, Haiti, Kuba und Nicaragua.

Das wird die USA aber nicht daran hindern, es immer wieder zu versuchen. Denn es gehört zum Wesen der weltlichen Utopie, dass sie, wie die Religion, ihren utopischen Überschuss, ihren Hoffnungskern nicht durch die schlechte Wirklichkeit und leidige Tatsachen zerstören lässt.

Das gilt auch für Amerikas zivilreligiöse Sendungsidee der Freiheit. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, der Glaube an eine neue Chance, den Fortschritt und die Verbesserung des Menschengeschlechtes prägen dieses Sendungsbewusstsein. Auch Bush der Jüngere gehört zu den Generationen von Amerikanern, die die Geschichte des eigenen, auserwählten Volkes als eine Erfolgsgeschichte zu immer mehr Freiheit hin interpretieren. Er fiel in dieser Hinsicht keineswegs aus der amerikanischen Geschichte heraus, es gibt große, gemeinsame Schnittmengen zu seinen Vorgängern, von Woodrow Wilson bis zu Bill Clinton und zu seinem Nachfolger Barack Obama. Präsident Obama steht wieder vor der großen amerikanischen Paradoxie, wie er Amerikas globale Interessen und den Anspruch auf globale amerikanische Führung mit Amerikas Sendungsidee der Freiheit und mit seiner multilateralen Rhetorik globaler Kooperation verbinden kann.

